Sallesche Zeitung

1909. Nr. 48.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Freitag, 29. Januar 1909.

Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.

Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Verlagsgesellschaft für Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.

Die Kolonialdiamanten.

Der „Norddeutsche Allgemeine“ veröffentlicht gestern eine allerhöchste Verordnung vom 18. Januar, in der bestimmt wird, daß die Verwertung von Diamanten im Schutzgebiet ihre gesamte Förderung durch den Reichs-Kolonialamt bescheidener Behörde oder Person zur Vermittelung der Verwertung zu übergeben habe. Die Verwertung erfolgt in der nach dem freien Ermessen der Kolonialverwaltung für die Förderer günstigen Weise. In der Verordnung wird die Verwertung der Diamanten als ein Geschäft angesehen. Für die bei der Verwertung aufzunehmende Mitbewaltung und die entstehenden Kosten ist eine angemessene Gebühr zu entrichten, welche das Reichs-Kolonialamt festsetzt. Das letztere ist ermächtigt, im Interesse der Erhaltung eines gesunden Handels mit Diamanten ein jährliches Höchstmaß für die Verwertung geltend zu machen für jeden Förderer festzusetzen. Die Förderung wird dadurch an sich nicht befristet. Die Verfertigung von Einkaufserlösen der Verwertung haben nicht aufzuheben. Zur Grundlage dieser Verordnung haben sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, mitteilt, die an der Diamantenförderung im Schutzgebiete interessierten Gruppen mit unentgeltlicher Ausnahme zusammengeschlossen und durch Vermittelung ihrer Bankiers die Errichtung einer Gesellschaft in Aussicht genommen, welcher der Betrieb der deutschen Kolonialdiamanten auf Grundlage der erwähnten Verordnung übertragen werden soll. Für diese Gesellschaft ist zunächst die Errichtung einer Vorbereitungsgesellschaft mit 6. Haftung und alsbald ein deutscher Kolonialgesellschaft in Aussicht genommen. Die Mitglieder in dieser können nur Reichsdeutsche sein, ebenfalls kann die Gesellschaft nur von Reichsdeutschen geleitet werden. Das Kapital wird drei Millionen betragen und im wesentlichen für die Beschaffung der Diamanten und im wesentlichen für die Förderung dienen. Die Teilhaber der Gesellschaft sind folgende: Berliner Handels-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie, Berg- und Metallbank, das Bankhaus S. Weidner, das Bankhaus Delbrück, Leo u. Co., die Deutsche Bank, die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die Diskontogesellschaft, die Dresdener Bank, die Giebel-Schürf- und Bergbau-Gesellschaft, die Bankhaus v. d. Spenck u. Co. sowie Handelsbank u. Co., die Nationalbank für Deutschland, das Bankhaus Salomon Oppenheimer jun. u. Co., der A. Schaffhausen'sche Bankverein, die Bankhaus Jach & Stern, H. W. Warburg u. Co. und J. Sponer & Söhne. Diese Regie-Gesellschaft hat keine Erwerbssphäre. Zur Deckung der Unkosten ist ein Betrag von 1.50 Mill. pro Karat in Aussicht genommen. Für die Verwertung von 200.000 Karat würde dies einer Rendite von 5 Proz. auf das Kapital der Gesellschaft entsprechen. Die geplante Konstruktion stellt demnach eine Vereinfachung der Verwertungsverfahren auf der einen und der vollständigen und Schutzgebietsinteressen auf der anderen Seite dar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt sodann ausdrucksvoll, daß die Regelung der Diamantenfrage auf dem Vernehmlichem notwendig gewesen sei, weil das Vordringen neuer Interessenten und die etwaige Aufwindung neuer Fundstellen durch die Vereinigung nicht beteiligter Personen beständig zu neuen Verhandlungen und damit zu einer Unsicherheit der Entscheidung geführt haben würde. Sodann heißt das Blatt mit, daß der erwähnte Zusammenhalt sich als ein wenigstens neunzig Prozent der jetzt bestehenden Diamantenfrage umfaßt, und daß die Organisation der Diamant-Regie bereits weit vorgeschritten ist. Als bald nach Inkrafttreten der kaiserlichen Verordnung und nach Aufnahme der Tätigkeit der Regie-Gesellschaft wird auch das bisherige Regie-Gesellschaft eingeführt werden. Hierunter sollen dem Fiskus bis zu 100 Mill. pro Karat ohne weiteres zu. Ein etwaiger Ueberfluß ist als Gegenleistung für die Kosten der Landespolizei anzusehen, welcher durch die Weiterbewahrung neuer Aufgaben erwachsen. Die Begründung dieses Diamantenmarktes in Berlin ist in Aussicht genommen. Verhandlungen mit den deutschen Schreibern haben stattgefunden und die Leistungsfähigkeit der deutschen Schreibernindustrie ergeben. Die Verordnung, fährt die „Norddeutsche“ fort, nicht die Möglichkeit einer Konzentrierung vor. Dadurch wird eine Verengung der Diamanten-Produktion und die Möglichkeit gegeben, die deutsche Produktion den Weltmarktverhältnissen anzupassen. Auch kann die Organisation als fast ganz abgeschlossen, um einer Beschränkung der Verkaufsmöglichkeit der deutschen Steine seitens anderer Interessenten mit Erfolg die Spitze zu bieten. Nachdem das Blatt noch über die Vernehmlichem berichtet hat, die der deutschen Initiative Gelegenheit geben sollen, den Vergleichen auf dem bekannten Feldern möglichst für sich zu sichern, teilt sie mit, daß, um dem Fiskus auch bei diesem Unternehmen über das bisherige Maß, abgesehen von der Zollentnahme, eine Veranschlagung zu sichern, besondere Abmachungen mit der Kolonialgesellschaft getroffen worden sind. Auf Grund eines in der Deutschen Kolonialgesellschaft aus geschlossenen Vertrages ist bestimmt, daß die Bergwerksbesitzer aus dem Gebiet der Deutschen Kolonialgesellschaft neu zu begründenden Bergwerksbesitzer auf 10 Prozent vom Verkaufserlös festgesetzt werden, von welchem dem Fiskus 6 1/2 Prozent zufleßen.

Für diese Felder wird demnach die Beteiligung des Fiskus 33 1/2 Prozent Zoll und 6 1/2 Prozent Bergwerksbesitzer, insgesamt 40 Prozent vom Brutto ergeben und daher in der Annahme, daß die Förderungs- und Verwertungskosten etwa 20 Prozent dieses Bruttowertes erreichen, die Beteiligung des Fiskus an der Hälfte des Nettoerlöses geschätzt. Was die fiskalischen Bergwerksbesitzer anbetrifft, so legen sie sich zusammen aus etwa 30 zur Gebiet der Kolonialgesellschaft belegenen Schürffeldern und einem großen Rohdiamant im Diamantgebiet, welcher auch diamantführend ist. Für die Ausbeutung dieses bekannten Fiskalgebietes wird eine besondere Bergwerks-Gesellschaft errichtet werden, welche bereit ist, 75 Prozent ihres Nettoverdienstes als Pachtzins abzugeben. Zum Schluß weist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ darauf hin, daß für die getroffene Regelung der Verwertung des Staatsfiskus auf den fiskalischen Produktionsstätten in Pretoria und Kimberley nicht unwichtig war, da er der Verwaltung einen Einblick in die Natur des Diamantenhandels und die für seine Entwicklung notwendigen Vorbedingungen gegeben hat.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1908.

Der Arbeitsmarkt wies im Jahre 1908 eine erheblich ungünstigere Gestaltung auf als im Vorjahre. Dies geht deutlich aus den allmonatlich im Reichs-Arbeitsblatt veröffentlichten Zahlen und Angaben der Arbeitsämter hervor. Auf dasselbe Ergebnis deuten die gleichfalls allmonatlich veröffentlichten Nachrichten der Krankenkassen über die Zahl der versicherten Mitglieder hin.

Von den Großindustrien wies der Kohlenbergbau erst im letzten Teile des Jahres eine merkliche Abmilderung auf. So wird für den Ruhrkohlenbergbau erst vom Monate September ab eine merkliche Arbeitslosigkeit berichtet. Die oberflächlichen Gruben waren hingegen bis Ende des Jahres gut beschäftigt. Diese Zustände hatten auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes den Einfluß, daß im Ruhrgebiet der Arbeitsmangel, der in der ersten Hälfte des Jahres noch teilweise zu verzeichnen war, später aufhörte, jedoch kein Ueberangebot an Arbeitern an seine Stelle trat. Im Oberbergleben herrschte hingegen bis zum Schluß des Jahres Arbeitsmangel.

Der Geschäftszug in der Eisenindustrie war hingegen erheblich ungünstiger. So stieg insbesondere in der Rohstahlerzeugung der Verkauf annehmend, die Verträge wurden immer größer. Ueber die tatsächlich erzeugte Menge Rohstahls seien die amtlichen Zahlen noch nicht vorliegen, nach den Erhebungen des Reichs-Deutsches Eisen- und Stahlindustrieller folgende Angaben mitteilt: In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1908 wurden 11 813 511 Tonnen Rohstahl erzeugt gegenüber 13 045 760 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1907. Zum Jahresanfang mit dieser ungünstigen Produktionslage trat besonders in der Rohstahlinindustrie Nordwestdeutschlands ein Ueberangebot an Arbeitskräften in der Erdeigung. Nicht ganz so unbefriedigend, aber doch erheblich ungünstiger als im Vorjahre, war die Lage in den Stahl- und Walzwerken. So betrug der Verkauf des Stahlwerksverbandes an Produkten A. vom 1. Januar bis 30. Nov. 1908: 4 405 901 t gegenüber 5 224 594 t in derselben Zeit des Vorjahres. Der in dem Vorjahre in den Stahl- und Walzwerken herrschende annehmende Arbeitermangel verwich im Laufe des Jahres völlig.

Der Geschäftszug in der Eisengießereien war besonders in der ersten Hälfte des Jahres in Südwestdeutschland besser als in Norddeutschland, gegen Ende des Jahres aber auch hier unbefriedigend. Fast allgemein boten sich daher Arbeitskräfte im Ueberfluß an.

Der Maschinenbau war bis in die letzten Monate des Jahres noch ziemlich gut, wenn auch nicht in demselben Umfange wie im Vorjahre beschäftigt. Dasselbe gilt in noch höherem Grade für die Lokomotiv- und den Eisenbahnwagenbau. Jedoch boten sich in diesen Industriezweigen besonders gegen Ende des Jahres mehr Arbeitskräfte als nötig an.

Die Arbeitslosenziffern sind im Jahre 1908 durchweg höher als im Jahre 1907.

Die elektrische Industrie wies in ihrem Geschäftszug während des Jahres 1908 nach den an das Amt eingehenden Berichten wenig Veränderungen auf; die Lage war im wesentlichen zufriedenstellend. Daraus deuten auch die Nachrichten der hierüber gehörenden Betriebskrankenkassen hin; die Mitgliederziffern der 14 Klassen mit durchschnittlich über 36 000 Mitgliedern verblieben sich nur unwesentlich vom Monat zu Monat, auf keinen Fall war ein ausgesprochener Rückgang zu bemerken. Hingegen waren die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in der elektrischen Industrie besonders in den Großstädten sehr ungünstig; hier herrschte fast das ganze Jahr hindurch ein großes Ueberangebot an Arbeitskräften, das allerdings teilweise durch die geringe Arbeitsgelegenheit in anderen arbeitsfähigen Industriezweigen hervorgerufen sein mag.

Die verschiedenen Zweige der Textilindustrie waren besonders in der zweiten Hälfte des Jahres unbefriedigend beschäftigt. In der ersten Hälfte lagen noch zahlreiche frühere Aufträge mit den Kunden vor, die den Geschäftszug aufrecht erhielten. Besonders an männlichen, aber auch an weiblichen Arbeitskräften war daher im zweiten Halbjahre fast in allen Bezirken ein großer Ueberfluß vorhanden; die tatsächlich Beschäftigten arbeiteten demnach durchweg nicht mit voller Arbeitszeit.

Die chemische Industrie hatte in der ersten Hälfte des Jahres noch ziemlich gut zu tun; dann zeigte sich besonders im letzten Vierteljahr auch hier ein Rückgang. Das Arbeitsangebot war vor allem wiederum in den Großstädten bei weitem höher als die Nachfrage.

Recht ungünstig war während des ganzen Jahres die Lage im Baugewerbe; auch zur eigentlichen Bauzeit wurde die Arbeit erheblich eingeschränkt. Der tatsächliche Geschäftszug war von sehr ungünstigen Einflüssen auf den Arbeitsmarkt, fast das ganze Jahr hindurch boten sich Bauarbeiter im Ueberfluß an.

Wenig befriedigend waren ferner die Verhältnisse in einigen anderen Saisonindustrien, so vor allem in den Bekleidungsindustrien. Die ungünstige Mitwirkung auf dem Arbeitsmarkt trat auch hier namentlich in den Großstädten in der Erscheinung. So brachte also das Jahr 1908 für die großen Industrie-Deutschlands einen teilweise recht erheblichen Rückgang; bemerkenswert und auch von Bedeutung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist aber, wie im besonderen schonmäßig aus den Angaben der Betriebskrankenkassen hervorgeht, daß dieser Rückgang nicht plötzlich, sondern ganz allmählich erfolgte und offenbar auch nicht einen solchen Umfang wie in früheren Niedriggangsperioden annahm.

Gesetz betreffend die Preisabstellung beim Markthandel mit Schlachtvieh.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf betreffend die Preisabstellung beim Markthandel mit Schlachtvieh in dritter Lesung in folgender Fassung angenommen:

§ 1. Die Landeszentralbehörden sind befugt, für Schlachtviehmärkte zum Zwecke der Feststellung von Preis und Gewicht der Tiere Vorschriften zu erlassen und Einrichtungen anzubringen. Die hierdurch entstehenden Kosten fallen dem Unternehmer des Marktes zu Last; der § 68 der Gewerbeordnung findet Anwendung.

Vorschriften, durch welche die Feststellung von Preisen nach Schlachtgewicht verboten wird, dürfen, sofern diese Feststellungen auf tatsächlichen Unterlagen und nicht lediglich auf Schätzungen beruhen, auf Grund dieses Gesetzes nicht erlassen werden. Schriftliche, deren Ausstellung auf Grund des Abs. 1 angeordnet ist, sind hiennechst.

§ 2. Die Landeszentralbehörden sind befugt, für Orte, an denen eine Regelung auf Grund des § 1 getroffen ist, und für deren Umgebung marktähnliche Veranstaltungen für Vieh zu unterlegen und den Handel mit Vieh außerhalb des Marktes während des Markttages sowie an dem vorausgehenden und dem nachfolgenden Tage zu verbieten.

§ 3. Wer den auf Grund des § 1 und 2 erlassenen Vorschriften unbeschadet, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Der dritte Absatz des Paragraphen 1 ist in der zweiten Lesung eingetragt worden. Er enthielt einen Antrag der Abgeordneten Hübner und Klobetz, die dadurch der Befürchtung der Fleischer und Händler, daß die Notierung und damit der Handel nach Schlachtgewicht durch den Gesetzentwurf gefährdet sei, den Boden entziehen wollten. Der Antrag wurde angenommen, nachdem er durch einen Antrag der Abgeordneten Graf von Schwerin-König und Dr. Wiedemann, sofern diese Bestimmungen auf tatsächlichen Unterlagen und nicht lediglich auf Schätzungen beruhen, eine klare Interpretation dahin erlangen sollte, daß es nicht in der Absicht des Gesetzes liegt, die Notierung nach Schlachtgewicht zu befehlen, sofern an dem betreffenden Markte auch wirklich nach Schlachtgewicht gehandelt wird, doch dagegen der Reichstag keinerlei Interesse an der Aufrechterhaltung einer nur auf Schätzung der beteiligten Fleischer beruhenden Notierung nach Schlachtgewicht hat, wenn in Wirklichkeit nach dem Stück gehandelt wird und keinerlei Möglichkeit der Nachprüfung der Angaben über den tatsächlichen Schlachtgewicht auf ihre Richtigkeit gegeben ist.

Bei Reaktionsbeschluß wird gemeldet: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 28. cr. den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Preisabstellung beim Markthandel mit Schlachtvieh in der vom Reichstag angenommenen Fassung die Zustimmung erteilt.

Vom Balkan.

Wie die „Politische Korrespondenz“ aus Sofia mitteilt, unternahm die hiesigen diplomatischen Vertreter beim Minister des Äußeren Schritte zur Erlangung von Informationen bezüglich der militärischen Maßnahmen der bulgarischen Regierung. Der Minister erteilte in jeder Hinsicht beruhigende Aufklärungen und betonte, daß die Absichten der bulgarischen Regierung durchaus friedlich seien.